Schweizer Parlament schränkt den Einsatz für Menschenrechte in Israel/Palästina ein

08.03.2017

Categories: Angriffe gegen BDS, BDS-Argumente

Die von SVP-Nationalrat Christian Imark eingereichte Motion verlangt, dass Organisationen keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten, wenn sie die gewaltfreie BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestition und Sanktionen) unterstützen. Sie wurde am 8. März 2017 von der bürgerlichen Mehrheit des Nationalrats angenommen. Seit 2005 ruft eine grosse Mehrheit der palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israel auf, bis der Staat dem Völkerrecht nachkommt und der palästinensischen Bevölkerung ihre grundlegenden Rechte gewährt. Die Motion ist im Kontext des verschärften Vorgehens Israels gegen regierungskritische Kräfte in Palästina/Israel und international zu verstehen. Ihre Annahme gefährdet die Arbeit zahlreicher Hilfswerke, NGOs und Menschenrechtsverteidiger_innen, deren palästinensische und israelische Partnerorganisationen sich für das Recht der Palästinenser_innen auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzen.

Die Motion stellt einen Angriff auf die Meinungsfreiheit dar. Gemäss einem im Dezember 2016 veröffentlichten Statement von mehr als 200 Jurist_innen ist BDS ein legitimes Mittel, sich für die Rechte der PalästinenserInnen einzusetzen. Unter den Unterzeichnenden befinden sich Marco Sassòli, ehemaliger stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung des IKRK, und Robert Kolb, ehemaliger Rechtsberater des EDA. Laut dem Statement, „untergraben Staaten, die BDS verbieten, das grundlegende Menschenrecht auf Meinungsfreiheit und bedrohen die Glaubwürdigkeit der Menschenrechte, indem sie ein spezifisches Land davor in Schutz nehmen, durch friedliche Massnahmen auf die Einhaltung des Völkerrechts behaftet zu werden."

In der Schweiz unterstützen zahlreiche Organisationen die palästinensische BDS-Kampagne und das Recht, sich mit dieser Kampagne für die grundlegenden Rechte der palästinensischen Bevölkerung einzusetzen.

Eine weitere Stellungnahme zur Motion ist hier zu finden.

BDS Schweiz

Basel, 8. März 2017

Update vom 13. Juni 2017: Im Ständerat wurde eine geänderte Fassung der Motion angenommen, aus

der die Erwähnung von BDS ersatzlos gestrichen wurde: Angriff auf BDS scheitert im Ständerat